

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

69 (22.3.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typsetzerei ob. deren Raum 25 A zuzügl. 80 % Zeitungsgebühr. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestelle 1/2 Vorm., für größt. Aufträge nachm. zwot. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gek & Cie, Karlsruhe.

Die badische Verfassung einstimmig angenommen.

Epilog.

Karlsruhe, 22. März.

Wenn die geschickte Arbeit der Badischen Nationalversammlung einen würdigen und feierlichen Ausklang haben sollte, so war die heutige Abendveranstaltung im Konzerthaus durchaus notwendig. Sie ließ das durchgeführte und nachleben, was die Abschließung der Nationalversammlung bis auf die Anwesenheit des Dr. Diez total vermissen ließ; großzügigen Schwung und begeisterte Hingabe, Frühlingsglaube und Zukunftsoptimismus.

Es ist doch so etwas wie eine Revolution über Deutschland hinweggebraut. In den Nationalversammlungen haben wir Revolutionsparlamente mit ganz bestimmten Arbeitspensum. Für Baden ist dieses Pensum in der Hauptsache, d. h. in keinem gesetzgebenden Entwurf, geleistet worden. Die Parteien der Badischen Nationalversammlung haben nun seit Donnerstag ihre Vertreter auf die Parlamentariertribüne gestellt, um das Fazit über ein Werk zu ziehen, das sie freilich zustande gebracht und in legislativischer Form gepreßt haben, das aber ins Leben gerufen worden ist und seinen Lebensgeist erhalten hat durch die zwingenden Verhältnisse der Revolution. Diesen Zwiespalt, diesen Riß zwischen eigenem Machen und Augenblicksein, diesen Widerwillen, dieses zögernde, gezwungene Mitteln an einmütige Werke, das nun „leider einmal da ist“, hat man so recht aus den Donnerstagsreden der Parteiführer herausklingen hören. Es konnte einen das Fröheln und Gähnen in abwechselnder Reihenfolge ankommen, wenn man den Sprecher der Deutschen Nationalen Volkspartei über die Revolution, über das alte und über das neue Regime, über die Staatsmachinerie und die Aufgaben der heutigen Regierung reden hörte.

„Es fralle das Alte ins Herz jener Zeit“. Hier meinte man, wie recht der unglückliche Kurt Eisner mit dieser Charakteristik hat. Nur sind es keine Krallen mehr, die da die Herzen der alten Regime ins Fleisch der Gegenwart schlagen können, sondern stumpf gewordene Häute, durch deren Risse nur noch viel eitles Wortgeist geistert werden kann. Und wahrlich, es geschah mit so wenig Geist, mit so wenig Kunst der Rede, selbst mit so wenig Temperament, daß der Zuhörer wie unter einer schmerzlichen Operation stünde: wann ist die Sache endlich fertig. Geist, Kunst der Rede, Temperament! Das sind doch Qualitäten, mit denen jedes Revolutionsparlament voll und überladen war. Wie in aller Welt geht es zu, daß unsere Nationalversammlungen so verlassen von diesen Dingen sind, daß überall nur die und da das Licht eines bedeutenden Intellektes aufleuchtet, nur hier und da einer das parlamentarische Mittelmaß geübter Abgeordneter überträgt, nur hier und da einer, als wäre eine Schwand, daß man noch mit Temperament für seine Ueberzeugung wirken kann? Gründe hat das schon. Einmalen bliebe es bei der Feststellung dieser betrübenden Tatsache.

Man kann das so ziemlich alles auch vom Sprecher der deutsch-demokratischen Partei sagen. Wenn unslands Geist, den liberale Politiker so gerne beschwören, herniederdrückt und sich keine heutigen Parteirepäsentanten anheben würdelt. Er würde gewiß Beiräte in dieser Revolution verdrängen und nicht schämen wir auch daran sind, was auch zu schaffen und zu befechtigen sein wird, angeht unser Gegenwart würde er noch einmal singen: „Die Welt wird schöner mit jedem Tag. Man weiß nicht, was noch werden mag. Das Wissen will nicht enden.“ Wenn er aber diesen politischen Nachbater angehört hätte: wie der so schwunglos, so lieblos, so mit hundert Jahren über sich die Verleugnung zur Revolutionsverfassung abrang, wenn ihm und wie: für die „liberale“ Bewegung in der parlamentarischen Demokratie des verdrängten Reiches, die dem monarchischen System nachschickte, wie unter jedem Wort der unterdrückten Bewegung: „Ach Gott, wäre doch bloß das Wahre: dem 9. November nicht passiert.“ der „liberale“, wahrlich, der herrliche Freiheitskämpfer uns hätte diesen „Republikanerparlamentarier“ an die Seite seines konventionellen „Republikaners“ gewiegt, als Blut von dessen Blut, als vernünftiger und vernünftiger Geist. Und beiden hätte er das Recht auszusprechen: „Die neue Verfassung ist ihr feiner Saug.“

Doch halt, Beethoven hat mit dem Hymnus der 9. Symphonie zu uns gesprochen: „O Freunde, nicht diese Töne.“ So wollen wir, dem Gedankengange unseres Dr. Diez vom Donnerstag und vom gestrigen Festabend folgend, den Mayer und Glöckner gegenüber mit demonstrativer Verneinung betonen, was uns mit dieser Verfassung, in deren Geist wir auch die deutsche Reichsverfassung ausgeatmet hätten, gewöhnlichst scheint. Nichts mehr und nichts weniger als die politische Freiheit und Selbständigkeit des Volkes im tiefsten Sinn ihrer Verträge. Freiheit in diesem umfassenden Sinn legt viel mehr Verantwortung und Pflicht auf als an anderer Bräutigam. Erst in diesem Stadium und seinen Augenblick früher ist jedem einzelnen von den Angehörigen des freien Volkes die Verantwortung für alles, was als politische Kollektivität zutage tritt, auferlegt. Den Verantwortlichen, den repräsentativen Geistern vor allen Dingen. Das ist anders als vorher. Sie hätten auch früher viel mitwirken können und sie blieben in jeder verständlicher Weise. Es

hat doch wohl jeder von uns, der eine geladene Anzahl von Semestern an deutschen Universitäten zugebracht hat, dieselbe Beobachtung machen können: dieser Gelehrte gehört ins Parlament. Wenn man dabei war, wie der und jener Fachvertreter von seiner Wissenschaft in die politische Aktualität hineinstrebte, dann fragte man sich mit einiger Unwilligkeit: warum sagt der das nicht im Reichstag oder in einem anderen Parlament, wo er hingehört. Im Grunde war diese parlamentarische Karrenz unter den damaligen Verhältnissen ganz berechtigt: Sie durften viel reden, aber sagen durften sie nichts, mochten sie noch so große Kräfte haben, also blieben sie fern. Es ist aber schwer vorstellbar, daß auch heute noch ein Brentano, ein Gernsheim, ein Wilamowitz, ein Trölsch, ein Oppenheimer in parlamentarischer Karrenz verbleiben, während sie zu tausend Problemen der Politik und Kultur ihr aufklärendes Wort mit geistlicher Geltungskraft sprechen könnten. Man sieht dank dem System der Listenwahl und anderen mehrschichtigen Schwächlichkeiten zu viel Mittelmaßigkeiten in den Nationalversammlungen und würde ihrer Tugend für einen Brentano oder Gernsheim geben.

Herr Mayer von den Deutschen Nationalen sieht in der badischen Verfassung zu viel Anlehnungen an ausländische Staatseinrichtungen und zu wenig bodenständiges Gewächs. Alter konservativer Vorwurf. Tausendmal haben wir ihn im Kriege gehört und damals wie heute hörten wir ihn mit dem Refrain: Den Franzosen und Engländern zuliebe wollen wir unsere Verfassungen nicht revidieren. An und für sich ein lörichtes Gerede. Aber das scheint uns doch der schwerste Irrtum zu sein, daß die Ententeblätter so leidenschaftlich die freiheitliche Ausgestaltung unserer Verfassung wollen. Nur so weit wollen sie diese, als sie ihnen die Garantien einer durchsichtigen, von keiner kriegerischen Monarchenwillkür beherrschten Politik bietet. Des weiteren sind sie sehr wenig froh, daß wir nun eine Konstitution haben, in deren Rahmen alle Begabungen sich mit der Aussicht auf Durchsetzung betätigen können. Weiß Gott, werden sie fürchten, wie weit es noch diese Deutsche dabei bringen. Engländer und Franzosen werden vielleicht noch den Tag mit Leidenschaft herbeisehen, wo Deutschlands Staatsbürger unter der Obhut von zwei Tugend Monarchen im politischen Selbstmitleid verträumen. Und den Vorwurf der Entleerung aus anderen Verfassungen nehmen wir achselzuckend hin. Wir waren immer ein Volk, das zu lernen verstand und das ist nicht unser Schaden gewesen. Im übrigen können wir uns zur Rechtfertigung davon zwar nicht auf Herrn Mayer-Starkrube berufen, wohl aber auf einen gewissen Leibniz und auf sein Geheiß, selbst unserem Todfeind nachzulaufen, wenn wir etwas von ihm lernen können.

Im Konzerthaus bekamen wir die „Kantate der Menschlichkeit“ von Mozart und zwei Gedichte von dem unglücklichen aller Dichter, von dem großen Sünderlin zu hören. Es ist erstaunlich, wie modern, nein wie fagaktuell diese Meister hier zu uns reden. Man könnte, wüßte man nicht, wann Mozart und Sünderlin gelebt haben, meinen, diese Gedichte, diese Kantate seien Gelegenheitswerke für die heutige Feier Ein gutes Zeichen für unsere Revolution! Das muß keine schlechte Sache sein, der diese vollbegabten Genies gewissermaßen ihren Segen erteilen, daß muß ein heiliges Werk sein, welches sich zu gütlich mit Zug und Recht unter das Patronat der 9. Symphonie stellen dürfte.

Der Verfassungsfeier im Konzerthaus wohnten fast sämtliche Abgeordnete, die Mitglieder der vorläufigen Volksregierung, die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden aus Karlsruhe und dem Lande bei, der Saal war voll besetzt. Als erster Redner sprach der Präsident der verfassunggebenden Nationalversammlung, Abg. Hoff, sodann der Präsident der vorläufigen Volksregierung, Abg. Geiß. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Verfassungsausschusses Abg. Dr. Diez, sie hatte folgenden Wortlaut:

Am Frühlingsanfang 1919 sind wir versammelt, die Weisheit der Verfassung der neuen badischen Republik festlich zu befechten. Schon zweimal hat der Festtag dem badischen Volke die Republik bezeugt: 1848 in den März- und Apriltagen, als Feder und Straube in Oberland das schwarz-rot-goldene Banner der deutschen Republik aufzupflanzen, und im März/Juni 1849, als in Karlsruhe die erste konstituierende Versammlung die badische Republik verknüpfte.

Seide Male ist die Republik nach kurzer Lebensdauer der reaktionären Massenverwaltungen erloschen und nur die Gräber der Gefallenen und der ständisch-erblich Ererbten in Moskau, Freiburg, Mannheim zeigten von dem Kampfe, der in Badens Wägen für die neue Verfassung unseres Volkes ausgefochten worden war. — Trauernd senkte der Genius der Freiheit seine Feder, und nur den Nachruf konnte der Dichter den Gefallenen weihen:

„So schlief denn wohl im kühlen Grund, Erlöst ewig unerschrocken! Wir können Euch den gleichen Mund, Die starre Hand nicht pressen! Wir können Euch zur Ehr und Bier Mit Blumen nicht bewehren, Doch können wir und wollen wir die Schwerter für Euch schärfen!“

Über nur ein kleines Häuflein alter Demokraten und Sozialdemokraten war es bald, das im badischen Land und draußen im Vaterland das Gedächtnis der Gefallenen hoch hielt, das die Erinnerung an sie und die badische Republik wachhielt, und erst als die gewaltige Bewegung des Proletariats, die Marx und Engels im Frühjahr 1848 mit ihrem kommunistischen Manifest mit dem Schlußsatz: „Proletarier, aller Länder vereinigt euch! Ihr habt in der Revolution nichts zu verlieren als eure Ketten und alles zu gewinnen!“ — entfacht hatten, aller Kampfung zum Trotz sich immer weiter im deutschen arbeitenden Volk ausbreitete, als Lassalle und Schweitzer, Nebel und Bismarck von neuem das Banner der Revolution und der Republik entrollten, da sammelten sich wieder Hunderte und Tausende und Gehnauende, schließlich Hunderttausende um diese Führer, kämpfend und harrend des Augenblicks, wo es möglich sein würde, den gefallenen Märtyrern der Jahre 1848/49 das Versprechen einzulösen und sie und ihre Sache der Vergangenheit zu entreißen und von neuem — diesmal endgültig — die deutsche Republik, die badische Republik ins Leben zu rufen und im Leben zu erhalten.

Und der Augenblick kam, als nach einem 4 1/2-jährigen Ringen voll nie dagewesenen Geldentums des deutschen Volkes draußen im Felde und in der Heimat im November 1918 in der Ueberwindung des Vogens das alte monarchistische und militaristische System zusammenbrach, nachdem es sich selber und dem heidenmütigen Volk in freieschwerer Ueberhebung die unüberwindliche Aufgabe des Kampfes gegen die ganze Welt gestellt und darin unterlegen war. Da scholl wieder, wie einst im Jahre 1848/49 das alte Kampflied:

„Die rote Fahne laßt mich hoch auf den Barricaden! Sie flieg' voran der Volkswehr, sie flieg' voran dem Heere! Die Throne geh'n in Flammen auf, die Fürsten flieh'n zum Meere! Die Adler flieh'n, die Löwen flieh'n, die Klauen und die Zähne, die keine Zukunft bildet selbst das Volk, das souverän!“

Und das Volk hat diesmal, dank den revolutionären Erregungen der Soldaten und Arbeiter, dank der Diktatur des Proletariats seine Geheiß mächtig und reich in die Hand genommen, und sich in wenigen Stunden und Tagen im ganzen deutschen Reich, und in Baden kraft eigener Machtvollkommenheit die freieste Verfassung gegeben, die jemals ein Kulturvolk befeuert — die demokratische Republik mit dem freiesten Wahlrecht für alle 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts und des Standes. Es hat die in den schwersten Kampfjahren treu bewährten Frauen, Jugendlichen und Soldaten in seine politischen Reihen als Mitarbeiter und Mitkämpfer aufgenommen und es hat durch die von ihm gewählte verfassunggebende Versammlung ausmüht auch diese Erregungsschöpfen der Revolution in der neuen Verfassung der demokratischen Republik Baden festlegen lassen, um sie für alle Zeiten geschäftlich zu verankern.

Es hat aber weiter durch diese neue Verfassung sich die Möglichkeit gegeben, auch in wirtschaftlicher Hinsicht nach Veteiligung der bisherigen verfassungsmäßigen Gemmungen Ernst zu machen mit der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, Großgrundbesitz und Großkapitalismus mit ihren gewaltigen Mißständen den Zwecken der Allgemeinheit dienstbar zu machen. Durch die Verfassungsgestaltung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln der Gesamtheit des arbeitenden Volkes die materielle Basis zu schaffen, auf der eine neue und höhere Stufe nicht nur materiellen Wohlstand, sondern kultureller, geistiger und sittlicher Wohlfahrt begründet werden kann.

Dazu bedarf es freilich einer energischen und entschlossenen Fortsetzung der Revolution, ihrer Ueberleitung vom politischen auf das wirtschaftliche Gebiet — einer zweiten Revolution in diesem Sinne.

Aber die Frucht der ersten Revolution, die neue Verfassung, ist das Eingangstor zu der neuen und schöneren Zukunft. Und darum schmiden wir dieses Tor mit unsern Weisheiten, und wenn auch viele im Volk, noch fieberhaft und ermatet von den Kämpfen der 4 1/2 Kriegsjahre und der vier Revolutionsmonate, zaudernd stehen und in krankhaftem Zauder ängstlicher Resignation vor der neuen Aufbauarbeit sich scheuen, und sich fragen: wird es denn gehen?, dann rufen wir ihnen, froh der erkämpften und festgelegten Verfassungsgrundlage zu:

„Es wird schon geh'n, ruft in den Lüften die Lerche, die am frühesten wach; Es wird schon geh'n, rollt in den Gräben ein unterirdisch Rollen nach; Es geht, rauscht es in allen Bäumen, Und lieblich wie Salmontönen: „Es geht schon!“ hallt es in den Träumen der fieberkranken Nation. Und mit dem Jubelruf: „Es geht schon!“

grüßen wir die neue Verfassung, grüßen wir die junge badische Republik, das erste zukunftsfrohe Kind des neuen badischen Reiches. Die neue badische Verfassung, die neue badische Republik, das badische und das deutsche Volk, in ihrer unzerstörbaren Bestandkraft und Zukunftstreue, sie leben hoch! hoch! hoch!

Die Schlußberatung. Die heutige Sitzung der badischen Nationalversammlung brachte den Schluß der Spezialberatung der Verfassungsvorlage und die einstimmige Annahme der neuen badischen Verfassung in der ersten Lesung, womit die Nationalversammlung, wie ihr Präsident Kopf mit Recht betont, ihre bedeutendste Aufgabe gelöst hat. Die am nächsten Dienstag stattfindende zweite Lesung der Verfassung wird schnell erledigt sein. Ihr vorausgehen wird in der Sitzung am nächsten Dienstag die Annahme des Beilegtentums über die Abfindung des ehemaligen Großherzoglichen Hauses, da namens der De-

Seite 5
Donne
Z.
edenszeiten
a
116r, in
nientstr. 74,
2018
auführungs.
ruhe.
en.
Turnhalle
straße
theidule,
betgesamte,
Wetzstr.
ditrohe
adstr.
graisenstr.
entgegen-
1808
auf Müll-
ipästend
ed Krut,
1. April
urat.
heit“
3. März,
lbr, findet
Gewerke-
aiserstr. 18
eier
gefallenen
verreichung
en. Hierau
Mitglieder,
Bereins
1905
ersand.
erbund
euth Str.
2022
Aug
2 Uhr an
Passiven
and.
ung.
ermittlungs
Vorwurds
de Jahre
uh, ein
Wagen
Pflüge,
k samt
2 Kuh-
ne, eine
9, ver-
r Hand-
Dölmöste
einige
drüben
stände.
2011
Pfler.
bezv.
as die
biker-
assor-
tionen
lung
ksten
wurde
.

Wokraten der Abg. Glodner auf die zuvorige Erledigung dieser Frage besteht.

In der Einzeldebatte kommen noch mehrere Redner und Rednerinnen zu Wort, von denen zu nennen wären die Ausführungen des demokratischen Abg. Müller, der für seine Person sich gegen die Zwangsschule wendet, da seiner ideologisch mandatarischen liberalen Denkart die Freiheit über die Gleichförmigkeit geht, die er von der Zwangsschule befristet.

Von sozialdemokratischer Seite weist Abg. Genosse Spiel nachmals darauf hin, daß der Religion selbst am meisten damit gedient wäre, wenn man sie zum fakultativen Schulfach machen würde, um dann in seinen weiteren Ausführungen in sachkundiger Begründung die Umwandlung der Klassen'schule in eine Einheits'schule zu verlangen, nachdem die Revolution den Klassenstaat in einen Volksstaat verwandelt hat.

Neben einer Geschäftsordnungsdebatte, die die neuerdings immer stärker hervortretende Gewohnheit des Ablehns der Reden von Manuskript zum Gegenstand hat, ist noch beachtenswert die Anfrage des deutschnationalen Abg. K. A. R. L., ob Minister Mitglied des Ausschusses einer Minderheitsfraktion sein können, was Minister Dr. Haas selbstverständlich sofort verneint.

Die gestern in der Fortsetzung vorgenommenen Abstimmungen der Einzelparagrafen erzielten einstimmige Annahme bis auf die Zwangsschule, die eine Minderheit von Reichstagen aus Zentrum, Deutschnationalen und Herrn Müller ablehnt. Die Gesamtstimmung zeigt, wie einleitend bereits gesagt, einstimmige Annahme der Verfassung durch sämtliche Mitglieder der Nationalversammlung.

Zu richtiger Würdigung des hohen Aktes der Verfassungsannahme verlor sich hierauf die Nationalversammlung gemäß dem dem Ereignis angemessenen Vorschlag des Abg. Schöfer, nachdem Unterrichtsminister Stöckinger das Haus, das in fleißiger Arbeit die Verfassung erarbeitet hat, zu der feierlichen Abendveranstaltung der Verfassungsfeier im Reichstagsgebäude einzuladen hat, das den Abschluß des großen Wertes auch künstlerisch zum Ausdruck bringen soll.

13. Öffentliche Sitzung.

gr. Karlstraße, 21. März.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr.

Fortsetzung der Spezialberatung der Verfassungsvorlage.

Abg. Prof. Beyerle (Zentr.) macht zu § 18 Vorschläge, die sich auf den Religionsunterricht beziehen. Die Schule soll den ganzen Menschen erziehen, wozu auch die Ausübung der Götterdienstleistungen gehört. Schulzwang ist für uns ein Merkmal des Staates in Verhältnissen, die im Altertum schon für die Simultanerziehung wie für die Hebräer-Schule schon im Fortzuge sind. Die konfessionelle Schule, die wir wollen, ist nur eine vorübergehende Gefahr. Wenn die Einheits'schule ein Instrument der Verfassung sein soll, muß der Religionsunterricht in der Schule erhalten bleiben. Wenn unsere Wünsche erfüllt werden, ist die Zwangsschule für uns erledigt.

Abg. Spiel (Zentr.)

Die Frage des Religionsunterrichts hätte endlich in der Verfassung völlig geregelt werden müssen. Wenn wir den Religionsunterricht als fakultatives Fach wünschen, so ist es nicht im Interesse der Religion selbst und es wird die Zeit kommen, wo man darauf zurückgehen wird. Wenn Religion fakultativ ist, dann muß der Religionsunterricht Sache der religiösen Gemeinschaft sein. Aus der Erziehung des Religionsunterrichts entstehen für viele Lehrer Gewissenskonflikte. Gerade weil Religion Gegenstand der Erziehung ist, glauben wir mit unserm Antrag, Religion zu fakultativem Fach zu machen, der Religion am besten gerecht zu werden. Somit kommen vor allem Lehrer, die aus Gewissensgründen keinen Religionsunterricht geben, um ihre Existenz, die grundsätzliche Regelung kann nur durch völlige Trennung von Kirche und Schule erfolgen. Daher kann sehr wohl der Religionsunterricht erteilt werden, nur nicht als obligatorisches Fach. Daß Staat und Kirche ohne obligatorischen Religionsunterricht bestehen können, beweisen Frankreich und die Vereinigten Staaten. (Abg. Beyerle: Auch die Schweiz.) Auch der freireligiöse Unterricht beweist es. Es ist jedenfalls ein Mißtrauen gegen den Religionsunterricht, selbst wenn man glaubt, die Pöbel zu brauchen, um das edelste Lehrgut zu lehren zu können. Auch auf anderen Gebieten können die Lehrer persönlichen Wert entfalten. Wie ist es nicht, daß der Religionsunterricht in der Fortbildungsschule den Zweck des Unterrichts dient. Ich weiß aus Erfahrung, daß junge Leute

von 14 bis 18 Jahren kein Bedürfnis für Religionsunterricht haben (Wittmann: Ich weiß dies aus Erfahrung. Sie haben ethische Bedürfnisse und ein ethischer Unterricht beeinflusst ihre Entwicklung besser als ein Religionsunterricht. In die Verfassung, die das Staatsgrundgesetz ist, gehören nur die Grundrisse des Schulrechts; die anderen Bestimmungen gehören ins Schulgesetz. Wenn einmal der Schulzwang eingeführt ist, dann muß er allgemein eingeführt werden und müssen auch die Vorrechte der Bestehenden in den Schulen fallen. Dann müssen wir kommen und dies ist auch der Weg zur Einheits'schule. Die Einheits'erziehung aller in das Volksganze und damit die Zwangsschule ist im demokratischen Staat nötig. Man muß für die heranwachsende Jugend alles im Volksganze tun. Nachdem die Revolution mit dem Klassenstaat aufräumt, muß auch mit der Klassen'schule aufgeräumt werden. Aus pädagogischen und erzieherischen Gründen halten wir daran fest, daß zunächst die vier unteren Klassen des obligatorischen Zwangsschulsystems, kommt. Ferner muß das System der "Pfeifen" für unfähige Kinder beibehalten werden; weg mit ihnen! In die Verfassung gehört hinein, daß die Schule den Gehörlosen des Staates unterrichtet; Detailsbestimmungen gehören nicht in die Verfassung. Der arme Trümel, mochte er auch ein Genie sein, mußte früher in die Irrenanstalt; auf der anderen Seite brachten Kinder, die ohne Sündhaftigkeit und ohne Forderung die Schulbank der höheren Schulen, um dann später Stellungen zu bekommen, die sie nicht ausfüllen. Es müssen daher auch den Kindern der nächstbestehenden Volksschichten die höheren Bildungsmöglichkeiten frei stehen und sie müssen Lebensunterhaltunterstützungen erhalten. Nachdem Abg. Wittmann erklärt hatte, man gibt den Lehrern viel zu viel nach, möchte ich fragen, ob es dies noch der politischen oder der religiösen Seite meinte (Wittmann: Ich meine die politische Seite). Der Volksgaß steht und fällt mit der Erziehung des Volkes. Jetzt gilt es, das Gemeingefühl zu betonen und Kenntnisse zu verbreiten. Gehen wir uns jetzt an den Mittelpunkt des Wortes festes, daß jenes Volk das mächtigste ist, das die höchste Bildung hat (Weiß: Bei den Sozialdemokraten).

Abg. Müller (Zentr.) stellt mit, daß er im Gegensatz zu seiner Fraktion gegen die Zwangsschule sei. Die Methode der Freiheit darf nicht der Methode der Gleichförmigkeit zum Opfer fallen. Privatstudien können besser sein als öffentliche Schulen, weil sie mehr Freiheit erlauben können. Wenn auch nicht alle zur höchsten Bildung aufsteigen können, so soll man doch wenigstens denjenigen, denen dies finanziell möglich ist, den Weg dazu offen lassen. Ich kann mich nicht begeistern für das Ideal der gemeinsamen Volksschule. Das Leben leidet die Leute doch wieder. Die Gemeinamkeit muß gefördert werden durch Erziehung des Volksganges für das Leben selbst. Von innen her muß das Gemeinamkeit gefördert werden. Ich würde es für ein großes Glück halten, wenn mehr von der Kraft und dem Geiste der 48er Revolution, von Geiste der Männer der Paulskirche, in die heutige Revolution hineinkäme (Weiß: Im Zentrum).

Abg. Frau Siebert (Zentr.) schlägt sich den Ausführungen der Vorkonferenzen ihrer Partei an. Sie protestieren dagegen, daß die 14- und 18jährigen Kinder kein Religionsbedürfnis haben. Präsident Kopf teilt mit, daß ein Antrag auf Erledigung der Debatte über §§ 18 und 19 einging. — Der Antrag wird angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Köhlermann (Zentr.), des Abg. Wittmann (Zentr.), der feststellte, daß das von ihm bezeugte zu harte Nachgeben gegenüber den Lehrern auf dem Gebiete pädagogischer Verhältnisse liegt, und des Abg. Mayer-Karlz wurde zur Abstimmung über § 19 gefordert.

Der Abg. R. Klein vertritt die Ansicht, daß eine erklärte religiöse Überzeugung zur Erstellung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme kirchlicher Verbindungen, kein Schluß gegen die religiöse Überzeugung der Erziehungsberechtigten zum Zweck des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezogen werden, wird mit 55 Stimmen bei 21 Stimmen die Abstimmung des Zentrum und des Deutschnationalen angenommen.

Der Abg. 5: Zum Zweck des öffentlichen Volksunterrichts sind alle Kinder verpflichtet, soweit sie nicht eine höhere öffentliche Bildung erlangen oder eine die Befreiung solcher Befreiung bedingende nichtstaatliche Lehranstalt besuchen, auf, "Neue nichtstaatliche Lehranstalten für Volksunterricht werden nicht mehr hergestellt", wird mit 54 Stimmen gegen die Stimmen des Zentrum, der Deutschnationalen und des Abg. Müller angenommen. Die übrigen Absätze des § 19 und weiteren Paragraphen werden einstimmig angenommen.

Präsident Kopf teilt mit, daß bei § 35 "Die Domänen sind ausschließlich Eigentum des bayerischen Staates" die Annahme nur unter dem Vorbehalt erfolge, daß die Wüstung der Großherzoglichen Familie gleichzeitig mit der definitiven Annahme der Verfassung erfolge. In Anbetracht der Wichtigkeit dieses Paragraphen wird eine 2. Lesung der Verfassung am kommenden Dienstag erfolgen, nachdem zuvor die Vermögensabfindung der Großherzoglichen Familie erledigt wurde.

Abg. Dr. Glodner (Zentr.): Ich möchte namens meiner Fraktion erklären, daß wir verlangen, daß vor der Verabschiedung der Verfassung das Gesetz über die Vermögensabfindung der Großherzoglichen Familie verabschiedet werde.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Ich wäre auch mit einverstanden, wenn zuerst die Verfassung und danach die Vermögensabfindung erledigt würde. Nachdem jedoch die Fraktion des Herrn Glodner Wert darauf legt, zuerst das Gesetz über die Vermögensabfindung zu verabschieden, bin ich damit einverstanden.

Der § 35 "Die Domänen sind ausschließlich Eigentum des bayerischen Staates" w. wird vorläufig angenommen. Die Annahme der nächsten Paragraphen erfolgt ohne Debatte.

Herr Dr. (Zentr.) fragt bei § 55 (Unvereinbarkeit des Amtes eines Ministers oder sonstigen fest besetzten Stelle mit der Ausübung eines besonderen Berufes) an, ob dazu auch das Amt eines Ausschusses bei großen Aktiengesellschaften gehört? Herr Klein der Anfangsamt politischer Korruption liegen.

Minister Dr. Haas erklärt, daß das Amt eines Ministers unvereinbar ist mit dem Posten eines Ausschussesmitgliedes.

Abg. Mehl (Zentr.) erwidert bei § 67 (Aufhebung der Stammgüter) in der Aufhebung der Bestimmungen keine Spitze gegen den Adelstand. Der Redner äußert sich hierbei ironisch über die Nationalliberalen, die früher so sehr für Orden und Ehrenzeichen schrien und nun ihnen bei der Feier der Revolution solche anzuzeigen.

Abg. Gothein (Zentr.) fragt an, ob es gestattet ist, Nebenabgaben, wie dies der Vorkonferenz ist.

Abg. Kopf (Zentr.) teilt mit, daß nach der Geschäftsordnung Nebenabgaben abgelesen werden sollen. Doch hat sich leider der Brauch in letzter Zeit eingeführt.

Abg. K. A. R. L. (Zentr.) wundert sich, daß der Abg. Gothein diese Anfrage gerade bei einem Redner der Deutschnationalen stellte.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) meint, man sollte auch in diesen Dingen den Grundsatz der Toleranz wahren.

Die Annahme der übrigen Paragraphen erfolgt debattelos.

In der vom Abg. Müller (Zentr.) beantragten Einzelabstimmung des § 68 (Auflösung der bestehenden nichtstaatlichen Lehranstalten für den Volksunterricht bis spätestens Oktober 1925) wird diese mit 54 Stimmen angenommen.

In der Gesamtstimmung über die Verfassung wird diese mit 96 abweichenden Stimmen einstimmig angenommen.

Präsident Kopf: Wir haben damit ein wichtiges Werk zu Ende geführt, die Hauptaufgabe der Nationalversammlung. Nach vier Monaten verfassungsgeschichtlicher Arbeit haben wir dem Staate wieder eine Grundgesetz gegeben. Wenn trotz Bedenken gegen manche Fassung das Gesetz von den verschiedenen Parteien einstimmig angenommen wurde, so zeigt es, daß die bayerischen Gebirgen, um dem Volke wieder einer Rettungsbahn zu geben. Möge das Zustandekommen am 21. März, am Jubiläumstag, ein günstiges Zeichen sein! (Weiß: Ja.)

Die ergebnislosen Resolutionen zur Verfassung werden gemäß den Vorschriften der Kommission angenommen.

Abg. Dr. Glodner (Zentr.) schlägt vor, daß der Text der Verfassung in der jetzigen Fassung bis zur zweiten Lesung gedruckt wird. Der Text soll dann zum Weiterdruck an die Kommission weitergegeben werden, um sie im ganzen Volke zu verbreiten, damit es die zur Volksabstimmung über die Verfassung orientiert ist.

Präsident Kopf: Ich werde der Anweisung Folge geben. Minister des Unterrichts Stöckinger: Die Verfassungskommission hat in den letzten Wochen fleißig gearbeitet und das Haus hat in drei denkwürdigen Sitzungen die Verfassung im Plenum erörtert. Nach dem ersten Werke gebührt auch eine würdige Feier. Das Haus wird daher zu der feierlichen Abend im Reichstagsgebäude stattfinden Verfassungsfeier eingeladen.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) schlägt angedacht der Erledigung des großen Gegenstandes zwecks fleißiger würdiger Behandlung nunmehr eine Vertagung vorzunehmen. Der Antrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 24. März, nachmittags 4 Uhr, Tagesordnung: Gesetz über die Wüstung des Großherzogs; zweite Lesung der Verfassungsvorlage; Interpellationen.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr.

Neue Interpellationen. Der demokratische Abg. R. Klein hat mit Unterstützung seiner Fraktion folgende Interpellation eingebracht: "Mit der Regierung bekannt, daß in weiten Teilen des Landes eine von Jahre zu Jahre बढ़ende Verelendung herrscht und daß die Regierung bereit ist die allseitige Verelendung dieser Not hinwegzuführen, einerseits durch Förderung eines gesellschaftlichen Zusammenrückens zum gemeinsamen Bezug elektr. Energie, andererseits durch Einwirkung auf die in Betracht kommenden Ernteverhältnisse?" — Von dem Abg. Schöfer (Zentr.) und dem Abg. Haas folgende Interpellation über den Schuld der persönlichen und Gewissensfreiheit in der Nationalversammlung eingebracht worden: "Mit der Regierung bekannt, daß die zu religiösen Lehren im Exzerzienthaus Witten Amt Körrach, der wie wir hierher gingen, so kann die Gefahr nicht groß sein. Ich wage mich im Dunkeln hinunter und fülle meinen Kopf." Damit war Margarete schließlich zufrieden, so daß beide in Ruhe und Gesehnt schliefen. Diesmal war ihr Erwachen am anderen Morgen kein so freudiges wie gestern. Ihre Sprach zuerit auf, er hatte ein Geräusch am Eingang der Kasse vernommen, und als er hinein, nachzugehen, waren im Hof Soldaten mit den Musketen im Anschlag erschienen. Hinter diesen stand ein in armenische Lumpen gekleideter Mann, an dem ein Bauer, dem ichmerzliche Haare wuch um die Stirn hingen.

"Ergeb' Euch, Ihr seid unter Gefangen", rief der Führer der sechs in bestehendem Tone. Es war ein Offizier, ein Hauptmann, wie Arne selber, ein noch junger Mann mit tiefem Stirnbart und einem Buge kalter Entschlossenheit in den grauen Augen.

Arne sprang zurück, um seine Waffen zu holen, der Offizier war wie der Wind hinter ihm drein. Aufschrei war auch Margarete, blühh' erdröden, aufspringen.

"Bretal," schrie ihr Gatte ihr zu. "Nimm meine Flinte, Margarete, es gilt Leben und Freiheit!"

(Fortsetzung folgt.)

Eingegangene Bücher u. Zeitschriften. (Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibibliothek bezogen werden.)

"Die Reform des bayerischen Strafrechts" von Rechtsanwalt Dr. Hugo Heilmann. Preis 50 A. 1919. Verlag für Sozialwissenschaft W. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstraße 114. Die Revolution hat aus Unterthanen freie Persönlichkeiten gemacht. Sie hat auch die prebostapalantische Gesellschaft in eine sozialpolitische verwandelt. Es ist nun Sache der Gesetzgeber, den neuen Geist in neuen Gesetzen zu verkörpern. Einen glänzenden Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe bietet die vorliegende Arbeit Dr. Heilmanns. Mit umfassender Sachkenntnis, in trefflicher Sprache und mit unüberwindlicher Logik behandelt er die Reformen des Strafrechts die Regel des alten Strafrechts und das abgeleitete Gebahren der alten Justizverwaltung werden aufgedeckt und einer scharfen Kritik unterzogen. Der Verfasser ist jedoch kein negativer Kritiker; er macht positive Vorschläge für ein freies, von sozialistischem Geiste getragenes Strafrecht. Wir dürfen mit bestem Willen und Interesse das Buchlein warm empfehlen.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Vierzehnten Jahre von Friedrich Thiele. (Nachdruck verboten.)

Für diese Nacht war weiter nichts zu tun. Sie waren totat erschöpft und brauchten vor allen Dingen Schlaf. Ueber die Stunden waren sie mit Einrechnung der vielen Umwege bis hierher gekommen. So suchten sie vorberand nur einen Unterschlupf; denn wenn es auch schon lange nicht mehr regnete, so war doch der Boden noch naß und schlüpfrig und sie brauchten trockenen Untergrund für ihren Körper und ein schützendes Dach für die Waffen. Pistolen und Pulver hatte Arne so verwahrt, daß sie trocken geblieben waren, aber die Musketen, die er auf dem Rücken schleppte, während Margarete den Korb mit Vorräten trug, waren vom Regen übermigenommen worden. Arnes erstes Geschäft nach einigen Stunden Ruhe sollte es sein, sie zu trocknen, zu putzen und wieder in Stand zu setzen.

Leicht fanden sie, was sie suchten, bargen die Waffen unter dem Vorprunze und lagerten sich selber zwischen ein paar oben dicht zusammenstehenden Felsen, unter denen die Decke ausbreiteten, auf der sie lagen, während sie sich mit dem Mantel Arnes zudeckten. Arne legte keine Pistolen und seinen Säbel neben sich zum Gebrauche bereit. Nach wenigen Minuten schon schliefen beide wie zwei Marmellere und schliefen bis tief in den Vormittag hinein.

Nach dem Aufwachen aßen sie einige Wisse und Wästen ihren Durst aus einer Wasserlache, die sich in einer kleinen Ausbuchtung des Gesteins gebildet hatte. Der Hauptmann gebrauchte sogar die Vorsicht, aus dieser keine Binnflüsse zu füllen, für den Fall, daß sie keine Quelle in der Nähe auffanden, außerdem überdeckte er die Vertiefung mit Zweigen, um das zu rasche Verdunsten der kostbaren Flüssigkeiten zu verhindern. Man zeigte ihm Margarete die merkwürdige Höhle und die Stelle, wo sie selber damals mit ihren Geschwistern und Waise Barbara nachts geschlafen hatte. In der Höhle selber hatte sich nichts verändert, nur wüst und unordentlich sah es aus; denn es lagen noch von der letzten Benutzung her Strobrisse und Felsen umher, auch halb vermodertes Laub lag da, harte Bruchstücke von Gestein und Ästen.

Arnes wichtigste Sorge waren vor allem die Musketen. Von Margarete unterzucht, machte er sich logisch an die Arbeit, und zwar mit gutem Erfolge, daß er nach ein paar Stunden beide Finten mit der Ueberzeugung aus der Hand legen durfte, sie würden im Gebrauchsfalle ihn nicht im Stich lassen.

Während des übrigen Tages berieten sich die Ehegatten über ihre zukünftigen Schritte. Die Fortführung ihres Lebens würde hier weit schwieriger sein, als in ihrem vorigen Versteck. Arne durfte nicht zögern, ohne daß man das Anzeichen im Laie vernahm, auch waren sie, sobald sie die Höhle verließen, der Gefahr des Geheimesverdens ausgesetzt. Höchstens konnte der Hauptmann verfallen, Kanonen in Rollen zu fangen. Es blieb nur übrig, daß Margarete sich nach Abzug der Soldaten ins Dorf wagt, und ohne jedoch ihren Aufenthalt zu verraten, ihre Verwandten aufsuche, um von ihnen für Geld und gute Worte die notwendigen Bedarfsartikel zu erhalten. Solange freilich die Feinde in der Gegend lauern, war auch dies unmöglich, sie mußten verfallen, ihre Bedürfnisse zu decken, so gut es anging. Es gab ja Früchte und Wurzeln, von denen sie im Notfall leben konnten, und verodnät waren sie nicht.

Das Wasser bildete den anderen Teil ihrer Vorratnisse. Wie sollten sie in den heißen Sommertagen ihren Durst löschen? Oder sich etwas kochen? Einen Topf hatte Margarete mitgenommen und Holz zum Feuer fanden sie leicht in der Nähe. Nur durften sie höchstens nachts gehen, Feuer anzumachen, und nur im Schritte der hohen Felsen, damit die Klammern nicht gesehen werden konnte. Aber das Wasser? Eine Quelle war nicht in der Nähe.

Abends vor dem Einschlafen besprachen sie sich angelegentlich über diesen wichtigen Umstand.

"Es gibt eine herrliche Quelle in der Nähe, das ist diejenige, wo der Bienenbach entspringt, der sogenannte 'Bienenbrunnen', berichtete Margarete. 'Aber eine halbe Stunde haben wir bis dahin, und länger, da wir den Weg über die Berge nehmen müssen. Denn hinunter in das Tal zum Bienenbach selber dürfen wir uns nicht wagen.'"

Darauf ver setzte Arne entschlossen: 'Doch, Gretchen, ich werde es tun. Wenn das der Fall ist, den du mir zeigst,

Jammeln Frauen durch den dortigen Arbeiterrat gezwungen wurden sofort Anstalt und Ort zu verlassen? Was getan sie zu tun, um den badien Katholiken die Rechte des Abtates 1 vom § 18 der neuen Verfassung zu sichern?

Die Forderung des Verwaltungsausschusses. Der Verwaltungsausschuss der bad. Nat.-Verfassung besetzte sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit der Forderung des Verwaltungsausschusses, durch die das allgemeine, gleiche und unmittelbare, geheime Verhältniswahlrecht zu den Bezirksräten und Kreisversammlungen eingeführt wird.

Die Volkstimmung über die badische Verfassung. Durch die Presse ging vor einigen Tagen die Nachricht, daß die neue badische Verfassung am 30. März einer Volksabstimmung unterbreitet werden soll. Nächtlich an dieser Meldung ist, daß über die Verfassung des badischen Volk in einem Referendum entscheiden soll.

Baden.

Der Tätigkeitsbericht der Badischen Landwirtschaftskammer im Jahre 1917 ist soeben erschienen. Danach hat das Jahr an die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer die größtmöglichen Anforderungen gestellt. Die während des Krieges zur Sicherung der Volksernährung getroffenen Einrichtungen wurden verbessert, andere wurden neu geschaffen.

Nationalrat der von den Unabhängigen. Wie dem „Heidelb. Tagebl.“ mitgeteilt wird, trennte sich nach heftigen Auseinandersetzungen in der Mitgliederversammlung der unabhängigen Sozialdemokratie in Heidelberg ein Teil der Mitglieder, ungefähr 20 Mann, unter der Führung des Arbeiters Leutner und des Redners Wangermann ab und begründete eine Ortsgruppe der kommunistischen Partei (Parteilosbunde).

Bruchsal, 21. März. Gestern vormittag gegen 11 Uhr brannte ein Teil der anderen Schloßruinen stehenden Baracken des Barackenlagers nieder.

Durlach, 21. März. Eine auf den Geschäftszimmern des Generalkommandos und der Intendantur des 14. A.-R. und beim Feldlazarett Nr. 588 vorgenommene Visitation ergab zugunsten der Badischen Kriegs- und Zivilgefangenen erbrachte den schönen Betrag von 883,50 M.

Stühlingen, 21. März. Ein Baumsturzverweh, das sich auf dem Wege von Müggenshurm nach Vierkeim befand, wurde beschlagnahmt. Der Inhalt war eine in Müggenshurm abgeschlachtete Kuh, die ein Fleischgewicht von 180 Kilogramm aufwies; außerdem 28 Kilogramm Eingeweide und 5 Kilogramm Fett.

Baden-Baden, 21. März. Der Konserktor der badiischen Sammlungen Altkanzler hat bei der letzten Sitzung gemacht, darunter den Betrag von 40.000 M für die badi. Sammlungen und von 15.000 M für Hebung des Kunstgewerbes und Handwerks.

Uelshausen, 21. März. Von den hiesigen Bewohnern wurde schon mehrfach beobachtet, daß französische Offiziere in den Jagdgebieten der besetzten Gebiete auf die Jagd gehen. Am Dienstagabend fand ein hiesiger Einwohner im Uelshausen einen französischen Offizier in schwerem Zustand.

Heidelberg, 20. März. Hier ist ein Fall von schwarzen Matten festgestellt worden. Man nimmt an, daß die Krankheit durch die Flecker verdrängt worden ist.

Waldsiedel, 21. März. Im Anwesen eines hiesigen Fuhrhalters wurde geflohenes Heeresgut in großen Mengen beschlagnahmt. Das Heeresgut war von dem Sohn des Fuhrhalters bei hier einquartiert gewordenen Truppen gestohlen worden.

Waldsiedel, 21. März. Zwischen der Leitung der hiesigen Schieferstein- und deren Arbeiterchaft sind Lohnunterschiede entstanden, die nachmittags zu einer Schließung des gesamten Betriebes geführt haben.

Waldsiedel, 21. März. Im Schwach Reichsland in Mühlhausen wurden durch eine Explosion 13 Arbeiter getötet und viele verwundet. Eine Anzahl Personen ist noch in der Grube eingekerkert. Das Unglück soll durch Explosion einer Mine mit Sprengstoff entstanden sein. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Die Entseimung des Getreides. Es wird in letzter Zeit von den Mühlen die Ansicht vertreten, daß infolge der politischen Umwälzung die Getreideentseimung nicht mehr erforderlich sei, da mit der baldigen Einfuhr größerer Mengen usw. von Hebersee gerechnet werden könne. Diese Ansicht ist, wie in einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruher Ztg.“ betont wird, eine durchaus richtige. Infolge des Verschließens der Einfuhr aus den feineren von uns besetzten Gebieten und aus den früher mit uns verbündeten Ländern ist die Getreidefrage größer als zuvor.

Die Entseimung des Getreides. Es wird in letzter Zeit von den Mühlen die Ansicht vertreten, daß infolge der politischen Umwälzung die Getreideentseimung nicht mehr erforderlich sei, da mit der baldigen Einfuhr größerer Mengen usw. von Hebersee gerechnet werden könne. Diese Ansicht ist, wie in einem halbamtlichen Artikel der „Karlsruher Ztg.“ betont wird, eine durchaus richtige. Infolge des Verschließens der Einfuhr aus den feineren von uns besetzten Gebieten und aus den früher mit uns verbündeten Ländern ist die Getreidefrage größer als zuvor.

Die Sammlung der Getreideernte aus Baden wurde der Zentral-K. G. in Mannheim übertragen.

Widerstand der Bauern gegen den Kommunalverband. Offenbach, 20. März. Der Widerstand der ländlichen Bezirke gegen den Kommunalverband Offenbach nimmt immer härtere Formen an. Die Windmühlener Affäre hat in dem benachbarten Uelshausen schon Schule gemacht und, wie bereits berichtet, die dortigen Bauern ebenfalls zum offenen Widerstand gegen den Kommunalverband veranlaßt. In einer am Sonntag dort abgehaltenen Bauernversammlung wurde beschlossen, keine Kartoffeln mehr an den Kommunalverband zu liefern, sondern diese im freien Handel direkt an die Verbraucher abzugeben.

Die Abfindung der großherzoglichen Familie.

Man schreibt uns: Als der Großherzog seinerzeit wenige Tage nach der Revolution abtrat, wurde ihm erklärt, daß die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem badiischen Staat und der großherzoglichen Familie loyal vorgenommen wird. Dementsprechend ist nun am letzten Mittwoch der Nationalparlamentarier ein Gesetzentwurf zur Regelung der Vermögensbeziehung zwischen dem Hause Zähringen und der Republik Baden zugegangen. Dieser Gesetzentwurf geht nicht etwa davon aus, daß dem Großherzog und seiner Familie eine Abfindung für den Verzicht auf den Thron gewährt wird. Die Republik kann und wird sich ihren Bestand an etw. von dem früheren Großherzog ablaufen und ebenjowenig verläßt der frühere Großherzog seine Thronrechte. Vielmehr handelt es sich bei dieser Abfindung um ganz andere Fragen und zwar im wesentlichen um folgende: Bis zur Einführung der badiischen Verfassung, mindestens aber bis zur eigentlichen Gründung des badiischen Staates im Jahre 1803 war ein großer Teil des Staatsgebietes nach altem deutschem Fiskusrecht persönliches Eigentum des Landesherren. Bei vielen Gebieten, die am Ende des 18. und 19. Jahrhunderts von dem damaligen Markgrafen Karl Friedrich erworben und dem badiischen Staat zugefallen wurden, gilt Gleiches. Es besteht seit Beginn des Verfassungslebens in Baden, also 100 Jahre, ein Streit in der Wissenschaft und zwar darüber, ob die Domänen, d. h. die öffentlichen Güter, Eigentum der großherzoglichen Familie oder des Staates sind. Dieser Streit ist niemals ausgetragen worden. Im Jahre 1818 hat in der Verfassung der damalige Großherzog die Domänen in ihrem Ertrag dem Staate zur Verfügung gestellt, sich aber das Eigentum daran ausdrücklich vorbehalten und weiter noch bestimmt, daß von dem Ertrag der Domänen die Zinsrente zu bestreiten ist.

Man macht sich draußen gar keine Vorstellung, welches der Wert der Domänen ist und was alles zu den Domänen, zu der Hofausstattung oder zum Gut der großherzoglichen Familie gehört. Da sei denn gesagt, daß allein die Domänen heute einen Wert von rund 150 Millionen Mark darstellen.

Bei der Auseinandersetzung mit der großherzoglichen Familie handelt es sich nun in Wirklichkeit um nichts anderes als um einen Vergleich über die Rechtsansprüche an diesen Domänen. Die großherzogliche Familie könnte unter Umständen vor den ordentlichen Gerichten ihr Eigentum an diesen Gütern geltend machen. Um einen solchen, in seinem Ausgang für beide Teile höchst zweifelhaften Prozeß zu vermeiden, schlägt die vorläufige Volksregierung der Nationalversammlung einen Vergleich vor, welcher insbesondere die Interessen des Staates und des Volkes in jeder Weise bestreift. Die Grundlinien der Regelung sind folgende:

Alle Domänen werden zu freiem Staatseigentum. Die großherzogliche Familie verbleibt also auf alle ihr etwa zustehenden Rechte an dem Ertrag oder an der Substanz der Domänen. Damit bekommt das badiische Volk Vermögenswerte in nicht geringem Ausmaß von 150 Millionen in die Hand. Die großherzogliche Familie erhält für sich das Schloß in Baden, ein kleines Landhaus in Badenweiler und ein kleines Schloßchen in der Stadt Freiburg. Alle übrigen Schlösser des Landes, soweit sie nicht privates Eigentum des Großherzogs sind, wie beispielsweise Zwingenberg und Wälnau, gehen in das freie Eigentum des badiischen Staates über. So bekommt der badiische Staat beispielsweise die großen Schlösser in Mannheim, Karlsruhe, Bruchsal, Nalst, auch das kleine Schloßchen Favorite bei Kuppenheim in, das mit seinen Sammlungen ein Juwel der Erbauerkunst ist. Die Einrichtung der genannten Schlösser geht zum größten Teil mit Ausnahme von ganz wenigen, der großherzoglichen Familie persönlich gehörenden Gegenständen, ebenfalls in das Eigentum des badiischen Staates über.

Als Abfindung für den Verzicht auf seine Ansprüche aus den 150 Millionen werden Domänen erhält der Großherzog einen Betrag von mehreren Millionen und außerdem für die Zeit seines und seiner Gemahlin Lebens die Nutzung an dem Kaltenbrunner Forst. Nach dem Ableben des Großherzogs geht das gesamte Gut wieder in das freie Eigentum des badiischen Staates über. Des ferneren verpflichtet sich der Großherzog, die Gemahlin, welche ihm persönlich gebührt — eine große und wertvolle Anzahl — die sich in den Gemäldergalerien befinden, dort zu belassen. Der badiische Staat erhält ein Vorzugsrecht.

Auf ähnlicher Grundlage wird ein Vergleich mit dem Prinzen Mar abgehandelt. Auch dieser ist auf Grund der Verfassung und der Hausgesetze im Besitze von Domänen, deren Eigenumsverhältnisse außerordentlich streifig sind. Es handelt sich hier um die Unterländer Fideikomisse, die Pfälzer Höhe, und ähnl. Prinz Mar verzichtet auf alle Ansprüche, die ihm aus solchen Fideikomissen zufließen und erhält dafür eine Paraphindung, die die Hälfte der Abfindung des Großherzogs beträgt.

Das sind im wesentlichen die Bestimmungen des kommenden Gesetzentwurfs. Aus ihnen ist zu ersehen, daß damit der badiische Staat der Familie des bisherigen Landesfürsten nicht etwa ein Geschenk macht, sondern daß ein insbesondere für den badiischen Staat vorteilhafter Vergleich abgeschlossen werden soll. Die ganze Gesetzesvorlage muß einfach unter dem Gesichtspunkt eines Geschäfts betrachtet werden. Das badiische Volk und der badiische Staat fahren nicht schlecht bei diesem Vergleich, sondern sie bekommen nach Erledigung derer hundert Jahre alten Streitfrage Werte zur freien Verfügung, welche von siegender wirtschaftlicher Bedeutung sind und Millionen Reingewinn abwerfen. Eine Abfindung für seine Rechte am Thron erhält der Großherzog und seine Familie nicht. Er hätte auch keinen Anspruch darauf, hat übrigens auch, wie bemerkt sei, niemals einen solchen Anspruch erhoben.

Wo die Massen stehen!

Am vergangenen Sonntag haben in Magdeburg Arbeiterparlamenten und in Hamburg Gemeindevorständen stattgefunden. Nach den marktgerechten Artikeln und Reden aus dem Lager der Linksradien, daß die Mehrheitssozialisten abgewirtschaftet haben, daß sie sich durch ihre, in den Augen der Linksradien, falsche Politik das eigene Grab schaufeln, war man in diesen Kreisen gerade auf den Ausgang der Wahlen in den beiden Industriestädten Magdeburg und Hamburg gespannt. Die Nichtsteife der Prophezeiung vom

Niederang der mehrheitssozialistischen Werkkraft sollte bei den Wahlen ihre stützende Rechtfertigung finden.

Wie schlecht aber die Linksradien die Stimmung in der Arbeiterchaft kennen, und wie richtig die Wähler die Agitationen der Linksradien einschätzen, haben nun gerade diese Wahlen in den beiden Arbeiterstädten gezeigt. So hat sich bei den Arbeiterparlamenten in Magdeburg eine absolute Mehrheit für die befohene, verantwortliche, erfüllte Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung ergeben. Die Unabhängigen und die Kommunisten haben hoffnungslos kleine Stimmziffern erhalten. Unsere Partei hat 18.823 Stimmen und 135 Mandate erhalten, die Unabhängigen 3.518 Stimmen und 26 Mandate, die Kommunisten 1.487 Stimmen und 12 Mandate, vier bürgerliche Listen zusammen 11.081 Stimmen und 77 Mandate. Den einzigen Erfolg, den die wüste Agitation der Linksradien zu verzeichnen hat, ist, daß die bürgerlichen Listen eine so außerordentlich hohe Stimmzahl erhalten haben. Sie vertreten fast ein Drittel der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft. Einen ebenfalls glänzenden Erfolg zeigten die Gemeindevorwahlen in Hamburg für die Mehrheitssozialisten. Es erhielten unsere Partei 81, die Demokraten 33, die Deutsche Volkspartei 14, die Unabhängigen 13, Wirtschaftsbund 13 (davon vier Grundeigentümer) und die Deutschnationale und Christliche Volkspartei 6 Sitze.

Dieser Ausgang der Wahlen zeigt besser als alles andere, zu wem die Arbeiter Vertrauen haben. Die Gehopitation der Linksradien gegen unsere Partei verfangt bei der aufgeklärten Arbeiterchaft nicht. Die einzigen, die dabei profitieren, sind die bürgerlichen und reaktionären Parteien, für die die Linksradien indirekt arbeiten.

Die Lage der Krankenkassen.

n. Bruchsal, 17. März. Der Ausschuss der Freien Vereinigung badiischer Krankenkassen hielt am Sonntag, 16. März, hier eine Sitzung ab, an der neben den Mitgliedern des Ausschusses auch zahlreiche Vertreter der in Bruchsal und Umgebung bestehenden Orts- und Betriebskrankenkassen teilnahmen. Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist hervorzuheben der Bericht des Vororts über die Verlängerung des Mantelvertrages mit der ärztlichen Landeszentrale. Hernach wurde der mit dem 31. Dezember 1918 abgelaufene Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängert unter Zustimmung einer Teuerungszulage von 10 Prozent für das Jahr 1919 und einer solchen von 25 Prozent für das Jahr 1920. In der sich an diesem Bericht angefügten Diskussion wurde von verschiedenen Vertretern auf die außerordentlichen Belastungen der Ortskrankenkassen im Jahr 1918 hingewiesen. Diese sind zunächst auf die gewaltige Anstiege der Krankenziffern, dann aber auch auf die Erhöhung der übrigen Leistungen, insbesondere der Arzt-, Arznei- und Krankenkosten, sowie der Verwaltungskosten zurückzuführen. Verschiedene Kassen waren bereits gezwungen, die Beiträge bis zu 6 Prozent zu erhöhen, sowie eine Kürzung der Mehrleistungen vorzunehmen. Die finanziellen Verhältnisse bei einzelnen Kassen seien geradezu trostlos. Die Allg. Ortskrankenkasse Mannheim habe allein an Krankengeld 2.800.000 M. ausgegeben. Das bedeute gegenüber den normalen Verhältnissen ein Mehr von rund 1 Million. Ähnlich sind die Verhältnisse bei der Ortskrankenkasse in Forstheim, wo innerhalb eines Jahres von 4 Wochen mehr Krankengeld verausgabt wurde, wie in demselben im Jahr 1917. Auch bei der Ortskrankenkasse Heidelberg und Bruchsal sind erhebliche Steigerungen des Krankengeldes eingetreten. Diese Zustände sind eine Folge des Krieges und der schlechten Ernährungsverhältnisse. Die Krankenkassen seien aber durch diese Verhältnisse finanziell zu geschwächt worden, daß es ihnen künftig kaum mehr möglich sein wird, ihre Aufgaben zu erfüllen. Es erscheine daher dringend notwendig, daß den Krankenkassen von Seiten des Reiches, des Staates und der Gemeindeverbände Zuschüsse gewährt werden. Aufgabe der Vereinigung sei es daher, sofort die erforderlichen Schritte hierwegen zu unternehmen. Anschließend hieran wurde folgende vom Vorort vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen:

Die badiische vorläufige Volksregierung ist neuerdings darauf aufmerksam zu machen, daß die Krankenkassen durch die den Kriegsjahren zugeflogenen Kriegsschäden fortgesetzt finanziell schwer belastet werden und daß die Kassen ohnedies durch die allgemeinen Kriegsschäden ganz empfindlich eingebrochen werden, so daß bei vielen Kassen größere Festschüsse entstanden sind und daß manchen Kassen bereits der Zusammenbruch droht.

Die Regierung wird daher dringend gebeten, alsbald mit dem Reichsamt und dem Reichsarbeitsamt darüber zu verhandeln, in welchem Umfange den Krankenkassen auf schlechtestem Wege eine finanzielle Beihilfe aus Reichsmitteln gewährt werden kann und zwar in erster Linie für alle Versicherungsfälle von Kriegsteilnehmern während einer mehrjährigen Dauer der Übergangswirtschaft.

Ein Nachweis, daß die Krankheitsursache eine Kriegsfolge ist, kann nicht verlangt werden, vielmehr wird für jede Krankheit des Kriegsteilnehmers Ertrag zu leisten sein, um die Einmischung der Krankenkassen in Renten-Streitigkeiten zu vermeiden.

Als weiterer Tagesordnungspunkt wurde die Einführung der Familienversicherung insbesondere die hierwegen von der badiischen Regierung erfolgte Ausgabe von Erhebungsbogen behandelt. Da von verschiedenen Seiten Bedenken wegen der Durchführung dieser Erhebungen geäußert wurden, beschloß der Ausschuss, das Ministerium zu ersuchen, die z. Zt. gebildete Kommission nochmals zu einer Beratung zusammenzurufen. Auch sollen aus der Mitte des Ausschusses zwei weitere Vertreter zu dieser Beratung hinzugezogen werden.

Von besonderem Interesse war auch der von dem Ausschussvorsitzenden Herrn Hof erhaltene Bericht über die Gründung eines badiischen Landesverbandes zur Bekämpfung der Tuberkulose. Der Ausschuss beschloß, dem Verband beizutreten, sowie auch die der Vereinigung angehörenden Kassen zum Beitritt zu veranlassen.

Nachdem nach Mitteilungen über den Stand der Gewährung einer Einzugsgebühr für die Beiträge der Invalidenversicherung an die Betriebskrankenkassen sowie über die Versicherung der Kassenangehörigen auf Ruhegehalt bei dem Versicherungsbereinstellung der Krankenkassen, oder der badiischen Fürsorgekasse gemacht wurden, konnte die sehr anregend verlaufene Sitzung geschlossen werden.

Gerichtszeitung.

Karlsruhe, 11. März. Sitzung der Strafkammer III. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Fecht, v. Wab; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Huber. Sühnerfreunde. Der Hausburjer Anton Leptig aus Müggenshurm und der Tagelöhner Wilhelm Lühweiler aus Müggenshurm machten in Wärlen im Eidweifen von Karlsruhe drei Geflügelstehle. Sie fielen ihnen dabei acht Hühner und ein Hahn in die Hände. Sie verkauften die Tiere in letztem Zustande zu 40 M. Unter Einwirkung früherer Strafen wurden sie wegen Einsehen und schwerer Diebstahls im nächsten Leptig zu 1 Jahr 8 Monaten, Lühweiler zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Aus der Stadt.

• Karlsruher, 21. März.

Arbeitslosenversammlung.

Das Gewerkschaftsamt in Verbindung mit der Arbeitslosenkommission hat auf gestern nachmittag die Arbeitslosen zu einer Versammlung nach dem großen Reichsballsaal eingeladen, die wohl stark besucht war, aber lange nicht so stark, wie die frühere Arbeitslosenversammlung. Den Vorsitz führte Gen. Erb vom Volkst. Herr Stadt-Verwaltungsrat Tenninger behandelte im längerem Vortrag die Fürsorge für die Arbeitslosen nach den früheren und den neuen Bestimmungen des Arbeitslosengesetzes. Auf Grund des selben hat der Stadtrat beschlossen, die Grundätze wie folgt zu erklären: Männer über 21 Jahren 7,50 M., 18-20 Jahre 5 M. und 14-16 Jahre 3 M.; Frauen über 21 Jahre 5 M., 16-20 Jahre 3,50 M., 14-16 Jahre 2 M. Dazu kommen entsprechende Kinderzulagen für Kinderkassen. Allerdings soll die letztere Sonntagbezugszahlung in Regelfall kommen, was in der Versammlung Widerspruch auslöste. Ein einmütiger Bescheid über gab Aufschluß über die Entschädigungen, mit denen er bis jetzt abgehoben wurde und die als ungenügend bezeichnet werden müssen. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution mit dem vom Stadtrat beschlossenen Sätzen einverstanden. Sie fordert aber, daß in dem Rückbehalt und Unterhaltungs der Arbeitslosen für die Arbeitslosenkommission durch je ein Mitglied mit beratender Stimme vertreten sein soll. Die Versammlung nimmt ferner mit Entschiedenheit und tiefem Bewußtsein Kenntnis von der geradezu unmoralischen Bemessung der Entlohnung von Kriegsinvaliden und fordert eine gerechte und ausreichende Unterbringung nicht auf dem Armen- und Gnadenwege, sondern als Arbeitslosen.

Im Anschluß daran sprach Arbeitersekretär Krull ebenfalls über die neuen Bestimmungen der Reichsverordnung und bezeichnete die Höhe als ungenügend. Wenn die Reichsverordnung und die bürgerliche Majorität in Weimar den Grundsatz des Arbeitslosen der Lohnes aufstellen will, so muß diesem Grundsatze solange entgegengetreten werden, als man von einem Abbau der Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter nicht das geringste merkt. Die Löhne müßten infolge der horrenden Teuerung erhöht werden und können erst nach Senkung der Preise abgebaut werden. Es muß die alte Forderung des Rechts auf Arbeit neu aufgestellt und der 1. Mai als Demonstrationstag für Arbeiter und Vorkämpfer zum gesetzlichen Feiertag erklärt werden. Weiter empfahl der Versammlung die Annahme folgender Resolution:

Die Versammlung der Arbeitslosen, die am 21. März in Karlsruhe stattfand, befaßte sich mit der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung durch Reichsverordnung vom 21. Januar 1919 ab 1. April zur Einführung gelangt. Die Arbeitslosen erklären, daß durch die neuen Sätze die allgemeinen niedriger sind, sowie durch Wegfall der Sonntagsbezahlung, der wöchentlichen Entlohnung der Arbeitslosen nicht Rechnung getragen ist. Durch die niedrige Bemessung der Unterhaltungsätze sind die Gemeinden gezwungen, Mittel von sich aus aufzubringen, die sie für andere notwendige Zwecke bedürfen. Die Versammlung fordert, daß die Arbeitslosen bei der Reichsregierung eine Revision der Vorlage unbedingt durchsetzen. Sie fordert, daß der Sonntag weiterhin bezahlt wird und daß den Arbeitslosen, die durch Krankheit arbeitsunfähig sind, dieselben Sätze wie den arbeitsfähigen Arbeitslosen zuteil werden. Ferner hat die siebenstägige Wartelzeit in Regelfall zu kommen.

Entlassung wegen Zundermangel. Wie uns mitgeteilt wird, mußte die Firma Louis Stern u. Co., Maschinenfabrik, 80 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen wegen Zundermangel. Die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen erzählten ihren Lohnausfall für 14 Tage veranlaßt. Der Firma erwächst hieraus ein großer Schaden. Die Entschädigung macht allein über 30.000 M. aus.

Lebensbedürfnisverein. Gestern abend hielt der Lebensbedürfnisverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Die

Mitglieder brachten derselben ein reges Interesse entgegen. Der Eintrachtssaal war bis auf den letzten Platz besetzt. Alle Kreise der Mitglieder waren vertreten. Der gedruckte vorliegende Geschäftsbericht wurde von allen Seiten lebhaft besprochen und der Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat zur Verteilung einer Dividende von 6% einstimmig angenommen, ebenso die übrigen Tagesordnungspunkte. Bei der Wahl zum Aufsichtsrat für die ausstehenden Mitglieder siegte die Liste des Gewerkschaftsamt mit über 100 Stimmen Mehrheit. Wir begrüßen diesen Sieg und wünschen, daß der Verein sich auch weiter gut entwickeln wird wie bisher, zum Wohle aller seiner Mitglieder.

Bezirk Weststadt. Am Montag abend 7 Uhr findet im Restaurant „Draupner“ eine Sitzung statt. Die Kommissionsmitglieder und Straßenobwarte werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Verein. Wir machen die Parteigenossen und Genossen darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, 26. März, abends 8 Uhr, im Saal 3 der Brauerei Strempp eine Mitgliederversammlung mit Vortrag über Karl Marx gehalten von Stadtrat Dr. Kullmann, stattfindet.

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion. Montag abend 8 Uhr im H. R. E. Fraktionsstimmung.

Der Karlsruher Ortsverband der Beamtenvereine schreibt uns: In Nr. 66 des „Volkstribun“ vom 19. März ist in einem Bericht über eine Versammlung des Gewerkschaftsamt die Angabe enthalten, daß das Gewerkschaftsamt zusammen mit dem Verband der Beamten- und Lehrerebene eine gemeinsame Liste für die Wahl zum Aufsichtsrat des Lebensbedürfnisvereins aufstellen werde. Diese Angabe ist unrichtig. Es haben zwar Verhandlungen mit dem Gewerkschaftsamt in dieser Richtung stattgefunden, diese Verhandlungen sind aber ergebnislos verlaufen. Der Karlsruher Ortsverband der Beamtenvereine hat bei der Aufstellung der Wahllisten nicht mitgewirkt und kommt aus diesem Grunde auch nicht in Betracht, weil ein Vertragen der Mitglieder bei der Abgabe der Stimmzettel nicht mehr möglich ist, keine Stellung zu der Wahlliste des Gewerkschaftsamt nehmen.

Das Restaurant „Salmen“ (am Ludwigsplatz) weist im Anzeigenteil auf ein Künstlerkonzert hin, welches am morgigen Sonntag in dem Lokal stattfinden wird. Die neuen Wirtleute sind bereit, das Gespät nach neuen Grundrissen zu führen und das an sich schöne und laubere Lokal zu einem gemütlichen Aufenthaltsort zu gestalten.

Konzert in der Festhalle. Vorläufig ist letztes Konzert in der Festhalle die Reichsstadlerkapelle unter H. Bernhagen am Sonntag, 23. M., nachmittags 14 Uhr. Es wird diesmal von Streich- und Blasinstrumenten. Der zweite Teil, bestehend aus historischer Musik weist besonders Werke von Adolf Beutige auf

Arbeiter-Sportbewegung.

Arbeiter-Turnclub, 10. Kreis, 3. Bezirk. In letzten Sonntag, 16. März, fand in Durlach im Gasthaus zum „Lamm“ der 18. ordentliche Bezirkskongress des 3. Bezirks statt. Der Arbeitsergebnisbericht vom Bezirksrat wurde mit dem prächtigen Chor „Ich warte den“ die Zusammenkunft ein, worauf Tg. H. H. Durlach im Namen des Bezirksrats die Begrüßungen herab begrüßte. Tg. Dietrich Durlach hielt die Vertreter im Namen der Durlacher Turngenossen willkommen, ebenso wünschte Kreisvertreter Eisele-Karlsruhe der Beratung im Namen des Kreises besten Erfolg. Zum geschäftsleitenden Vorstand wurden gewählt: Tg. H. H. Durlach und Dietrich Durlach als Vorsitzende, Tg. Kühnle-Durlach und Böhnle-Wilber-Grödingen als Schriftführer. Tg. J. J. Grödingen gab den Geschäftsbericht der Jahre 1914/17. Tg. H. H. Durlach den Bericht vom Jahre 1918. Aus demselben war zu entnehmen, daß der bevorstehende Krieg große Läden in unsere Reihen gerissen hat. Der Stand der Bezirksliste ist nach dem Bericht der Turngenossen T. E. in Karlsruhe den Verhältnissen entsprechend ein guter zu

nennen. Aus den Berichten der Bezirksturn- und Spielmannschaften zu entnehmen, daß auch während des Krieges trotz aller Schwierigkeiten ein reges turnerisches und sportliches Leben pulsierte. Kreisvertreter Eisele-Karlsruhe hielt nach Erledigung der verschiedenen Berichte einen eingehenden Vortrag über den Ausbau unseres Bundes. Er kam hierbei u. a. auch auf den in Karlsruhe gegründeten „Bad. Landestag für Jugend- und Körperpflege“ zu sprechen. Er betonte hierzu, daß die Gründung dieser Organisation größtenteils von denselben Turn- und Sportvereinen ausgegangen sei, die vor der Revolution dem berüchtigten Jungdeutschlandbund angehörten, der bekanntlich gegen die Arbeiterjugend gerichtet war. Referent begründete des weiteren unseren ablehnenden Standpunkt. — Nach der Mittagspause gab Tg. J. J. Durlach bekannt, daß 38 Vereine mit 108 Delegierten vertreten sind, worauf in die Diskussion über die Berichte und das Referat des Tg. Eisele eingetreten wurde. Sämtliche Turngenossen waren sich darin einig, daß wir uns an Veranstaltungen wie der „Bad. Landesverband für Jugend- und Körperpflege“ nicht beteiligen könnten. Im Schlußwort gab Tg. Eisele über die Anfragen und Anregungen näheren Aufschluß und brachte folgende Resolution ein:

„Der heute in Durlach tagende, von 38 Vereinen mit 108 Delegierten besuchte Bezirkskongress befaßt es sich, daß sich die Arbeiter-sportvereine an dem „Bad. Landestag für Körperpflege und Jugendberziehung“ nicht beteiligen. Er verlangt, den schon vor dem Krieg geplanten Ausbau der der Zentralkommission für Sport und Körperpflege angehörenden Sportstelle in Angriff zu nehmen bezw. neu zu gründen und die Errichtung einer Zentralstelle aller bürgerlichen Arbeiter-sportvereine mit dem Sitz in Karlsruhe in die Wege zu leiten. Er fordert von den staatlichen und kommunalen Behörden die gleiche Anerkennung und dieselben Rechte, wie sie anderen zentralen Sportvereinigungen zuteil werden.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Ebenso ein diesbezüglicher Antrag der Karlsruher Turngenossen. Hierauf wurde zur Neuwahl des Bezirksrats geschritten, wobei folgende Turngenossen gewählt wurden: Vorsitzender Kühnle-Durlach, 1. Turnwart Eisele-Karlsruhe, 2. Turnwart Schiefer-Karlsruhe, Frauenwart Eisele-Karlsruhe, Spielführer Hermann-Karlsruhe, Fußballspielführer Illgauer-Grödingen, Assistent H. H. Durlach, 1. Gruppenleiter V. H. Durlach, 2. Gruppenleiter Schütte-Grödingen, 3. Gruppenleiter Jettler-Grödingen. Kassenrevisoren stellen die Vereine Grödingen und Hiltheim. — Der nächste Bezirkskongress findet in Durlach statt. Die in diesem Jahre gemeinsamen Veranstaltungen werden von dem am 30. März in Enzberg stattfindenden Vorturnerstunde ausgearbeitet. Mit einem kräftigen Appell der Tg. J. J. Durlach und H. H. Durlach zu unserer Sache zu stehen, fand der gut verlaufene Bezirkskongress seine Auflösung.

Verantwortlich: für Verantrieb, Leutide Voltz, Ausland, Aus der Stadt und Verke Karlsruher Hermann Adel; für Politische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Heilbron Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein Laskalia.) Heute Samstag pünktlich 18 Uhr aus besonderen Gründen Zusammenkunft der Sängere in der Restauration „Kühlen Grund“, Winterstraße. Nach dem Sängerversammlung im Vereinslokal „Auerbach“. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 2064 Der Vorstand, Arbeiter-Kabfahrerband „Solidarität“, Bezirk 3, Sonntag vormittag 10 Uhr in der „Gambroinshalle“, Erbsengasse 80, Karlsruher-Laboratorium, Saiten-Rominten 7, 2015

URIN-Untersuchungen
Laboratorium
für
Klinische Diagnostik
Dr. Lindner
Kaiserstrasse 80.

Achtung! Frühlings-Fest! Achtung!
Wo gehen wir am Sonntag, den 23. März, hin?
Nach Kletten-Müppner in den schön gezeichneten Schloßhof, wo zum erstenmal wieder nach langer Zeit das Frühlingsfest wie früher stattfindet.
Zur Unterhaltung sind da aufgestellt:
H. Stoll's Stagen-Karussell
mit beweglichen Figuren auf der zweiten Etage, ferner eine Sicherheitschance mit sonstigen Neuen.
Für gute Bewirtung sorgt Herr Wirt Hein zum „Schloß Müppner“. Da gibt es Kuchen, Kaffe, seine Weine, sowie ein gutes Lager-Bier.
Wo auf nach Kletten-Müppner zum ersten Frühlingsfest!
Zu zahlreichem Besuch laden erg. dem ein
Die Unternehmer: H. Stoll & Söhne.

Mehrere aparte Sommerkleider auch für Fremdenreisen geeignet, in weiß, rot, blau, hellgrün und beige sowie schwarzes Kleid preiswert zu verkaufen. 2065
Worlock,
Marienstr. 45, 2. Stod.
Einige tüchtige
Schreiner
gesucht. 2040
Emanuel Kahn
Ferdinandstr. 29.

Zahn-Praxis
Rudolph Holl
Dentist
Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse von Militärzahnstationen.
Karlsruhe, R. Lerstr. 8, neben Warenhaus Tietz
Frrat 2793.
Sprechstunden: 8-12 und 2-6. 885
Auf Wunsch nach vorheriger Vereinbarung Behandlung auch ausserhalb der üblichen Sprechstunden.

Bettmässen
Abhilfe für Bekleidungs- u. Schuhmangel. 1008
neue zu verkaufen. 1008
Polsterer Köhler
Schützenstr. 25.
Wegen Erkrankung des jetzigen Mädchens für 1. April oder 1. Mai durchaus anständig saubere 80 Mädchen für alle, nicht um 18 Jahren, gesucht. Anwartsung m 2 Stb geb. Wäsche außer dem Hause. Unter Lohn. Beschäftigung abends nach 7 Uhr bei Frau H. im Gröndler, Riehlstr. 248, 11.
O. M. Walter
Waler- u. Tapeziergeschäft
Durlacherstr. 31,
empfehl ich z. Ausübung aller einschlägigen Arbeiten.
Rohr-, Mäntel- und Nütze
werden angefertigt und gewaschen. 1627
Umarbeitung jeder Art. J. Hartmann, Riehlstr. 22, Dmich. 2. St.
Bett- u. Polstermöbel werden prompt und billigst angefertigt.
Fr. Gayer,
Tapezier- u. Dekorateur, Sumboldstr. 28

Flechten, Wunden, offene Füße, Krampfadern, in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **„Vater Philipp-Salbe“**. Preis 1.80 u. 3.50 M.; überall zu haben. Man hüte sich vor Nachahmern u. bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei Tatroen-Laboratorium, Saiten-Rominten 7, 2015

Deutsche
schützt die Grenzen Eures Vaterlandes gegen den Einmarsch russischer Bolschewisten.
Mobile Löhnung, 5 Mk. Tagessulage ausserdem nach Ueberschreiten der Reichsgrenze 4 Mk. tägliche Zulage aus baltischen Landesmitteln, Familienunterstützung, freie Verpflegung, Bekleidung und Unterkunft. Spätere Anstellungen- und Arbeitsmöglichkeiten im Baltischen. A la Waffengattungen sind erwünscht. Nur Ordnung liebende pflichtgetreue Soldaten werden angenommen. Uniformen sind mitzubringen.
Sofortige Meldung.
Anwerbestelle Baltenland
Zweigstelle Karlsruhe, frühere Militärwache am Karlsruher 1938
Freiburg, Karlsruhe, Zimmer Nr. 112, Heidelberg, Bad. Sturmabteilung Ober-Ost.

Mühlburg.
Möbel, Zimmer zu mieten gesucht. 20.eres b. Vobest, Hardtstraße 20.
Küchenmädchen
kräftiges und reines, sowie eine 2008
Spülerin
für 1. April gesucht. 2008
-Schreibstube-
Kühler Krug.

Karlsruher F. C. Südsterne 06
Sportpl. d. F. C. Mühlburg
Sonntag, 23. März 1919
Verbandspiel
K. F. C. Konkordia I. u. II. K. F. C. Südsterne I. u. II. Beginn nachm. 1/2 u. 3 Uhr.
Sportplatz b. Wasserwerk
Vormittags 10 Uhr
V. F. R. Südsterne III. K. F. C. Südsterne III.
Druckladen liefert die
Buchdruckerei Volkstribun

Residenz.
Spielpläne von
Waldstr. 30
Carmen
mit 2048
Pola Negri
Hanny Liedtke
prolongiert.

Theater.
Samstag bis Dienstag
Schillerstr. 20
Die Waffen nieder.
Roman von Bertha von Suttner.
In der Hauptrolle: Olaf Fönss.
Durlach Grüner Hof
Das Tagebuch des Apothekers Warren.
Drama in 5 Akten.
in der Hauptrolle: **Lori Leux.**
Familie Habelmann.
1. Gastspiel in 2 Akt.

Starke Arbeitstiefel
mit Lederbesatz gibt an Minderbemittelte zu herabgesetzten Preisen ab
Schuhfabrik
Bürgerlicher Frauenverein
Waldstraße 13.
Geöffnet von 8-11 Uhr und 1/2-6 Uhr
Bart e. g. reparierte
Bug-Gimer
zu verkaufen. 2048
H. Dmich, W. Lerner, Kapellestr. 42.
Kühnle-Schlafzimmer
noch neu, mit Holz- und Metallarbeiten, Legungshalber preiswert zu verkaufen. 2008
Kaiserstr. 123, 5. Stod.

